

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit / Anlass und Zweck der Verarbeitung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten steht in Zusammenhang folgender Aufgaben:

- Management der kreiseigenen und angemieteten/gepachteten Gebäude und Grundstücke;
- Gebäudemanagement für Dritte;
- Umsetzung von Grundstücksgeschäften;
- Projektsteuerung sowie Projektleitung bei Neubau-, Umbau-, und Sanierungsmaßnahmen von kreiseigenen Gebäuden (Schulen, Verwaltungsgebäuden, Bauhöfe, Freizeiteinrichtungen, etc.);
- Bauherrenvertretung und Projektsteuerung;
- Stellungnahmen zu Baugenehmigungen;
- Verwaltung der J. B. Kaiser'schen Armenstiftung mit Bathasar Kohler'scher Stiftung (Durchführung von Abrechnungen z. B. Brennholz Selbstwerber und jährliche Ausschüttung von Geldbeträgen an Bedürftige);
- Vollzug des Arbeitssicherheitsgesetzes (ASiG);
- Aufrechterhaltung von Sicherheitskonzepten an Schulen (Notfall- und Katastrophenschutzpläne);
- Kommunales Energiemanagement, auch der der kreiseigenen Anlagen zur Energieerzeugung (PV-Anlagen).

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landkreis Ostallgäu, Schwabenstr. 11, 87616 Marktoberdorf,
E-Mail-Adresse: poststelle@lra-oal.bayern.de, Telefon: 08342 911-0.

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Ostallgäu, Schwabenstr. 11, 87616 Marktoberdorf,
E-Mail-Adresse: datenschutzbeauftragter@lra-oal.bayern.de

4. Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Artikel 6 Abs. 1 Buchst. b, c und e Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit Art. 4 und 5 Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG);

- Landkreisordnung für den Freistaat Bayern (Landkreisordnung - LKrO);
- Verordnung über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden, der Landkreise und der Bezirke nach den Grundsätzen der doppelten kommunalen Buchführung (Kommunalhaushaltsverordnung – Doppik – KommHV-Doppik);
- Haushaltsordnung des Freistaates Bayern (Bayerische Haushaltsordnung – BayHO);
- Haushaltstechnische Richtlinien des Freistaates Bayern (Haushaltsaufstellungsrichtlinien – HaR);
- Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz (BayVwVfG);
- Vertrag und Satzung der Stiftung („Josef Benedikt Kaiser'sche Armen- u. Krankenstiftung“);
- §§ 535 ff und 585 ff Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) (w/Vermietung);
- Bayerisches Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) / u. a. Art. 41;
- Bayerische Bauordnung (BayBO);
- Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatSchG);
- Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG);
- Brandschutzvorschriften, Bescheide und weitere Sicherheitsvorschriften;
- Vergaberecht und weitere Vergabevorschriften;
- Art. 2 und 3 Bayerisches Katastrophenschutzgesetz (BayKSG).

5. Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

Das Landratsamt Ostallgäu verarbeitet für die hier genannten Zwecke folgende personenbezogenen Daten:

- Personenstammdaten (Titel, Name, Vorname, ggf. Geburtsdatum und Legitimationsdaten, Anschrift und Kontaktdaten);
 - Angaben zur Funktion und Institution;
 - Bank- und Kontodaten mit Zweck und Betrag der Transaktion;
 - persönliche Verhältnisse bei Zuwendungen an Bedürftige über die Stiftung;
 - Grundstücks- und Objektdaten wie Flurnummer, Gemarkung und Grundbuchauszug, Bauort, Bauvorhaben.
- von:
- Gebäudeverantwortlichen, Schulleitungen und Hausmeister;
 - Beschäftigte involvierter Planungs- und Ingenieurbüros;
 - Beschäftigte unterschiedlicher Firmen zur Leistungserbringung;
 - Grundstückseigentümer, Mieter und Pächter, Käufer oder Verkäufer von Grundstücken und Gebäuden und ggf. angrenzender Grundstücke oder Gebäude;
 - Reinigungspersonal der Liegenschaften;
 - Eingebundene Personen interner und externer Fachstellen (z. B. Umwelt- und Naturschutz, weitere Bauämter, Fördermittelgeber);
 - Geschäftspartner in Verbindung mit der Stiftung wie Forstrevierleiter, Forstbetriebsgemeinschaften, Wald- und Grundbesitzer, Brennholz-Selbstwerber etc. und sozialbedürftige Bürger im Landkreis Ostallgäu.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Die Angaben werden im Landratsamt Ostallgäu im Sachgebiet „Immobilien und kreiseigene Schulen“ verarbeitet. Eine Übermittlung an interne Fachbereiche (z. B. Untere Naturschutzbehörde, Zentrale Vergabestelle), weitere öffentliche Stellen (Regierung von Schwaben, Bayerische Staatsregierung, Fördermittelgeber, Amt für ländliche Entwicklung Schwaben, Vermessungsämter, weitere staatliche Bauämter) oder Institutionen und Personen (z. B. Gebäudeleitung, Schulleitung, Hausmeister; Landschaftspflegeverband Ostallgäu; Allgäuer Moorallianz; Wohnungsbaugenossenschaften; involvierte Firmen und Ingenieurbüros; Gutachter; Notare) erfolgt nur unter Berücksichtigung einschlägiger rechtlicher Voraussetzungen oder vorab erteilter Einwilligung. In Verbindung mit Notfall- und Katastrophenschutzplänen für Schulen werden die notwendigen Daten der jeweils verantwortlichen Personen an die Feuerwehr, Polizei und ggf. weitere im Katastrophenschutz mitwirkende Behörden, Stellen und Organisationen weitergegeben.

Wir bedienen uns zur Aufgabenerfüllung vorrangig den technischen Lösungen der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung Bayern (AKDB) und weiteren spezifischen Fachanwendungen und Online-Portalen.

7. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

In Zusammenhang mit der hier genannten Verarbeitungstätigkeit erfolgt keine Weitergabe oder Übermittlung von personenbezogenen Daten an Drittländer.

8. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die Aufbewahrungsdauer beträgt mindestens 6 Jahre, im Regelfall 10 Jahre nach Abschluss der jeweiligen Bearbeitung. Bestimmte Unterlagen werden dauerhaft verwahrt (§ 69 KommHV-Doppik).

Grundstücksbezogene Daten dürfen nicht gelöscht werden, da sie Bestandsschutz genießen. Auch bauaufsichtliche Maßnahmen werden zur Beweissicherung dauerhaft dokumentiert.

Bei Notfall- und Katastrophenschutzplänen für Schulen beträgt die Speicherdauer max. 10 Jahre nach Löschung der personenbezogenen Daten aus den Notfallplänen.

9. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüfen wir als Verantwortlicher, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz (Postfach 22 12 19, 80502 München, Telefon: 089 212672-0, Telefax: 089 212672-50, E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de).

10. Widerrufsrecht - soweit die Verarbeitung auf Ihrer Einwilligung beruht

Wenn Sie in die Verarbeitung durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

11. Quelle und Herkunft der Daten; Informationen gemäß Art. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die hierzu erforderlichen Daten werden im Regelfall direkt bei der betroffenen Person erhoben. Alternativ entnehmen wir diese öffentlich zugänglichen Quellen oder die notwendigen Daten werden uns über weitere öffentliche Stellen oder Institutionen rechtmäßig übermittelt.

12. Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Wir setzen in diesem Zusammenhang keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gem. Artikel 22 DSGVO ein und verarbeiten Daten nicht mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte automatisiert zu bewerten.

13. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Verpflichtung zur Angabe personenbezogener Daten ergibt sich aus den genannten gesetzlichen und rechtlichen Bestimmungen.